

## Presseerklärung des DA zur Deutschlandfrage

Was in eine ferne Zukunft gerückt schien, ist auf die Tagesordnung gesetzt: Die Einigung der Deutschen Nation.

Mit einem 10 - Punkte - Plan hat der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Helmut Kohl eine Konzeption zur Realisierung dieses Zieles vorgelegt. Der DA sieht in diesem Plan einen beachtlichen Beitrag zur Verwirklichung auch seiner deutschlandpolitischen Vorstellungen.

Wir gehen von einer einheitlichen deutschen Nation aus. Für uns ist die Zweistaatlichkeit historisch bedingt und kann deshalb nicht von Dauer sein. Die Deutschen sind aufgefordert, ihr Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen. Der demokratische Selbstfindungsprozeß in der DDR gibt uns die historische Chance dazu. Laßt uns diese Chance verantwortungsvoll wahrnehmen.

Der Ernst der Stunde gebietet, sofort Formen und Wege einer gesamtnationalen Verständigung zu finden. Deshalb schlagen wir die Einberufung einer DEUTSCHEN NATIONALVERSAMMLUNG vor.

Wir verfolgen damit nicht den alten Traum von deutscher Größe und Stärke, sondern wir wollen beitragen zu einem friedlichen geeinten Europa.

Berlin, den 2.12.1989

Demokratischer Aufbruch  
Programmkommission

Mitglieder des Kreisverbandes Berlin - Friedrichshain "Demokratischer Aufbruch" sind befremdet über die Tatsache, daß eine Stellungnahme der Programmkommission des D.A. zur "deutschen Frage" der Presse übergeben wurde und von einem Mitglied der Programmkommission in der Bundesrepublik Deutschland in einer Weise öffentlich vertreten worden ist, daß der Eindruck entstehen mußte, als handele es sich um den Standpunkt des gesamten D.A. .

Wir Vertreter des Kreisverbandes Friedrichshain stellen fest:

1. Mit diesen Äußerungen sind die Positionen der vorläufigen Grundsatz-erklärung verlassen worden.
2. Es bleibt jedem Mitglied des D.A. unbenommen, bei der Erarbeitung konzeptioneller Positionen eigene Gedanken zu formulieren und sie in der Partei zu verbreiten. Dem Parteitag allerdings muß es vorbehalten bleiben, verbindliche Linien für die Partei festzulegen.
3. Wir rufen alle Kreisverbände und andere Gliederungen der Partei auf, eine eigene Stellungnahme zu dem gesamten Sachproblem zu erarbeiten, wobei insbesondere Aussagen zu den Begriffen "sozialistisch" und "Sozialismus" gemacht werden sollten. Da wir Punkt 9 "Außenpolitische Orientierung" der vorläufigen Grundsatz-erklärung weiterhin als für uns verbindlich ansehen, halten wir es für unerläßlich, daß konkrete Aussagen darüber gemacht werden müssen, wie ein "aktives Aufeinander-zugehen der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen "Friedensordnung" aussehen soll.
4. Wir fordern alle Mitglieder, auch den vorläufigen Vorstand auf, bei öffentlichen Äußerungen deutlich zwischen persönlicher Auffassung und der Darlegung der Ziele des D.A. zu unterscheiden.

Norbert Brenning

Hartmut Anger

Kerstin Anger

Edeltraut Pohl

Reinhard Weidauer

Thomas Sell

Hans-Peter Schneider

Berlin, am 5. Dezember 1989